

## Steuergestaltungen 2024 Steuertipps für Freiberufler

Im Rahmen unserer neuen Serie 'Steuergestaltungen 2024' erhalten Sie bis zum Jahresende geldwerte Tipps und konkrete Handlungsempfehlungen. Wir beginnen in dieser Woche mit einem **Update zu den Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit** gemäß § 18 des Einkommensteuergesetzes (EStG). In unserer **Checkliste** informieren wir Sie über bedeutsame Anweisungen der **Finanzverwaltung** sowie über praxisrelevante Entscheidungen des **Bundesfinanzhofs** (BFH) und der erstinstanzlichen **Finanzgerichte** (FG). Zudem machen wir Sie auf wichtige **anhängige BFH-Verfahren** aufmerksam, mit denen sich die obersten deutschen Steuerrichter demnächst befassen werden.

### Checkliste: Aktuelle Tipps zur Einkommensteuer für Freiberufler

Check 1	EÜR muss elektronisch authentifiziert übermittelt werden
	<p>Freiberufler ermitteln ihren Gewinn regelmäßig durch eine <b>Einnahmenüberschussrechnung</b> (EÜR) nach § 4 Abs. 3 EStG. Die Einnahmen und Ausgaben werden dabei grundsätzlich nach dem erfolgten <b>Zahlungsfluss</b> erfasst. Eine Ausnahme von diesem sog. <b>Zufluss- und Abflussprinzip</b> besteht vor allem bei der <b>Anschaffung und Herstellung</b> von Anlagegütern. Hier ist eine Verteilung auf die Nutzungsdauer – die sog. Abschreibung oder Absetzung für Abnutzung (AfA) – vorzunehmen (zur Sonderregelung bei Computerhardware und Software vgl. <b>Check 4</b>).</p> <p>Der amtlich vorgeschriebene Vordruck '<b>Anlage EÜR</b>' muss <b>elektronisch authentifiziert</b> (unter Verwendung eines Zertifikats) an das Finanzamt gesendet werden. Dies gilt auch bei Betriebseinnahmen von weniger als 17.500 € im Jahr. Nur in seltenen Härtefällen (z. B. bei betagten Steuerpflichtigen oder fehlender Internetanbindung) ist bei geringen Einnahmen auf Antrag eine <b>Ausnahme</b> möglich. In diesen Fällen muss der offizielle Vordruck in Papierform verwendet werden.</p> <p><b>Hinweis:</b> Wer keine Buchhaltungssoftware nutzt, kann seine EÜR kostenlos mit Hilfe des offiziellen <b>Online-Portals der Steuerverwaltung</b> unter <a href="http://www.elster.de">www.elster.de</a> erstellen und übermitteln. Wer bereits über ein <b>Elster-Zertifikat</b> verfügt (z. B. zur Übertragung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen, Lohnsteuer-Anmeldungen, Lohnsteuer-Bescheinigungen), kann dieses auch für die Übermittlung der 'Anlage EÜR' nutzen. Ein <b>neues Zertifikat</b> kann direkt auf <a href="http://www.elster.de">www.elster.de</a> beantragt werden. Der Registrierungsverfahren kann nach Angaben der Verwaltung bis zu zwei Wochen in Anspruch nehmen.</p> <p><b>steuertip:</b> Das <b>Bundesfinanzministerium</b> (BMF, Az: IV C 6 - S 2142/22/10002 :010 → <b>st 53212</b>) hat zusammen mit den <b>Vordrucken für 2023</b> eine <b>ausführliche Anleitung</b> veröffentlicht (vgl. '<b>steuertip</b>' 38/23).</p> <p><b>Bitte beachten:</b> In jedem Fall muss neben der '<b>Anlage EÜR 2023</b>' die '<b>Anlage AVEÜR</b>' (Anlageverzeichnis/Ausweis des Umlaufvermögens) eingereicht werden. Die Angaben in der '<b>Anlage SZ</b>' zur Ermittlung der nicht abziehbaren Schuldzinsen sind nur erforderlich, falls die im Wirtschaftsjahr angefallenen Schuldzinsen – ohne die Berücksichtigung der Schuldzinsen für Darlehen zur Finanzierung von Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens – den Betrag von <b>2.050 €</b> übersteigen. Die '<b>Anlage LuF</b>' ist nur für Land- und Forstwirte relevant. Diese können auf dem gesonderten Formular die besonderen Regelungen für Weinbaubetriebe beantragen und pauschale Betriebsausgaben für Holznutzungen geltend machen.</p> <p>Die Beteiligten von <b>Personengesellschaften</b>, die ihren Gewinn durch eine EÜR ermitteln, müssen zusätzliche Angaben machen. Für einzelne Gesellschafter vorzunehmende <b>Korrekturen</b> zu den Wertansätzen der Wirtschaftsgüter des Gesamthandsvermögens – z. B. bei einem Gesellschafterwechsel – sind in einer sog. Ergänzungsrechnung ('<b>Anlage ER</b>') darzustellen. <b>Sonderbetriebseinnahmen und -ausgaben</b> der Gesellschafter sind in einer Sondergewinnermittlung ('<b>Anlage SE</b>') zu erfassen. Das sind Erträge und Aufwendungen des Gesellschafters, die durch seine Beteiligung an der Gesellschaft veranlasst sind. Im Eigentum des Gesellschafters stehende Wirtschaftsgüter sind im <b>Anlageverzeichnis des Gesellschafters</b> ('<b>Anlage AVSE</b>') auszuweisen.</p>
Check 2	Auch bei einer EÜR gelten die aktualisierten Grundsätze zur ordnungsgemäßen Buchführung
	<p>Die '<b>Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff</b>' (GoBD) gelten unabhängig von der jeweiligen Gewinnermittlungsmethode. Sie sind damit auch bei der EÜR eines Freiberuflers zu beachten.</p> <p><b>steuertip:</b> Das <b>BMF</b> (Az: IV D 2 - S 0316/21/10001 :002 → <b>st 54035</b>) hat jüngst eine <b>überarbeitete Fassung</b> der GoBD veröffentlicht (vgl. '<b>steuertip</b>' 13/24). Diese gilt seit dem 1.4.2024. Es sind verschiedene <b>Schnittstellen</b> für den Datenimport und verschiedene <b>Dateiformate</b> zulässig. Die Daten können nicht nur per physischem Speichermedium zur Verfügung gestellt werden, sondern auch über eine Datenaustauschplattform der Finanzbehörde, sprich über eine <b>Cloud</b>. Unabhängig vom Einsatzort dürfen Prüfer die überlassenen Daten auf mobilen Datenverarbeitungssystemen – also auf ihren Laptops – verarbeiten und aufbewahren.</p>



**Check 3 Gewinn aus freiberuflicher Tätigkeit ist in die Steuererklärung zu übernehmen**

Freiberufler müssen auch ihre **Einkommensteuererklärung** grundsätzlich **elektronisch** an das Finanzamt übermitteln.

**steuertip:** Der Gewinn oder Verlust, der aus der Gewinnermittlung – Bilanz oder EÜR – resultiert, ist in die **amtliche 'Anlage S 2023'** (→ [st 54269](#)) für Einkünfte aus **selbständiger Arbeit** zu übernehmen. In der **amtlichen 'Anlage Corona-Hilfen 2023'** (→ [st 54270](#), Infoblatt der Finanzverwaltung → [st 54271](#)) ist zudem anzugeben, ob in 2023 Corona-Soforthilfen, Überbrückungshilfen oder vergleichbare Zuschüsse bezogen oder zurückgezahlt wurden. Bei **ausländischen Einkünften** ist zusätzlich die amtliche **'Anlage AUS 2023'** (→ [st 54183](#), offizielle Anleitung der Finanzverwaltung → [st 54184](#)) auszufüllen.

**Check 4 Profitieren Sie von verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten**

Erstmals bei der Steuerveranlagung für 2023 ist die Anhebung des **linearen Abschreibungssatzes** durch das **Jahressteuergesetz 2022** von bisher 2 % auf 3 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für nach dem 31.12.2022 fertiggestellte Wohngebäude zu beachten. Der Abschreibungszeitraum wird damit von bisher 50 auf **33 Jahre** verkürzt (vgl. **'steuertip'**-Beilage 50/22).

**steuertip:** Davon profitieren nicht nur private Vermieter. Die erhöhte lineare AfA gilt auch für Wohngebäude, die zu einem **Betriebsvermögen** gehören, etwa bei Wohnungen, die von Freiberuflern an Arbeitnehmer vermietet werden.

Die **degressive Abschreibung** ist mit dem **Wachstumschancengesetz** wieder eingeführt worden. Für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die **nach dem 31.3.2024** und **vor dem 1.1.2025** angeschafft oder hergestellt werden, kann anstelle der linearen Abschreibung (gleichmäßige Verteilung auf die Nutzungsdauer) eine degressive Abschreibung (auch Buchwert-AfA genannt) in Anspruch genommen werden. Der dabei anzuwendende Prozentsatz darf **höchstens das Zweifache** des bei der linearen Abschreibung in Betracht kommenden Prozentsatzes betragen und **20 %** nicht übersteigen (vgl. **'steuertip'**-Beilage 18/24).

**steuertip:** Liegen die Voraussetzungen für **Sonderabschreibungen nach § 7g EStG** vor, können diese weiterhin neben der degressiven Abschreibung in Anspruch genommen werden.

Die **Sonderabschreibung nach § 7g EStG** ist durch das **Wachstumschancengesetz** erhöht worden. Als Freiberufler können Sie ab 2024 im Jahr der Anschaffung und in den folgenden vier Jahren für **neue bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens** neben der normalen Abschreibung **bis zu 40 %** der Anschaffungs- oder Herstellungskosten geltend machen (vgl. **'steuertip'**-Beilage 18/24). Voraussetzung ist (unverändert), dass Sie in dem Jahr, das der Investition vorangeht, die **Gewinngrenze von 200.000 €** nicht überschreiten (vgl. **'steuertip'**-Beilage 04/24).

**steuertip:** Die Sonderabschreibung kann unabhängig von einem **Investitionsabzugsbetrag** geltend gemacht werden.

**Nicht erhöht** worden sind durch das **Wachstumschancengesetz** entgegen der ursprünglichen Ankündigung die Höchstgrenze für die **Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG)** von 800 € sowie für die Bildung eines **Sammelpostens bei der Poolabschreibung** von 1.000 € (vgl. **'steuertip'**-Beilage 18/24).

**steuertip:** Bei **Computerhardware** (einschließlich der dazu gehörenden Peripheriegeräte) sowie bei **Betriebs- und Anwendersoftware** zur Dateneingabe und -verarbeitung gilt nach wie vor eine erfreuliche Vereinfachungsregelung des **BMF** (Az: IV C 3 - S 2190/21/10002 :013 → [st 49066](#), Az: IV C 3 - S 2190/21/10002 :025 → [st 50771](#)). Es kann eine betriebsgewöhnliche **Nutzungsdauer von einem Jahr** zugrunde gelegt werden. Im **Jahr der Anschaffung** kann die Abschreibung in voller Höhe vorgenommen werden. Die Anwendung **anderer Abschreibungsmethoden** ist aber grundsätzlich möglich, z. B. die lineare Verteilung der Anschaffungskosten eines PC über drei Jahre nach der AfA-Tabelle für allgemein verwendbare Anlagegüter (vgl. **'steuertip'** 09/22 und -Beilage 12/22).

**Check 5 Weitere Neuerungen durch das Wachstumschancengesetz beachten**

Die Freigrenze für **Geschenke an Geschäftsfreunde** ist mit dem **Wachstumschancengesetz** (vgl. **'steuertip'**-Beilage 18/24) rückwirkend ab 1.1.2024 von 35 € auf 50 € angehoben worden.

**steuertip:** Wie bisher gilt sie einheitlich für die **Summe aller Geschenke**, die einem Empfänger insgesamt in einem Jahr zugeflossen sind.

Bei der privaten Nutzung eines **rein elektrischen Firmenwagens** ist der geldwerte Vorteil für 2023 im Ergebnis **nur zu einem Viertel** anzusetzen, sofern der Bruttolistenpreis **60.000 €** nicht übersteigt. Bei einem höheren Bruttolistenpreis ist der geldwerte Vorteil **zur Hälfte** anzusetzen. Durch das **Wachstumschancengesetz** ist der Bruttopreisdeckel auf 70.000 € angehoben worden. Dies gilt für Kfz, die nach dem 31.12.2023 und vor dem 1.1.2031 angeschafft werden (vgl. **'steuertip'**-Beilage 18/24).

**steuertip:** Bei einem **extern aufladbaren Hybridelektrofahrzeug** ist der geldwerte Vorteil für die Privatnutzung sowohl im Jahr 2023 als auch in den Folgejahren unabhängig vom Kaufpreis **zur Hälfte** anzusetzen. Voraussetzung ist, dass das Hybridauto höchstens eine Emission von 50 Gramm Kohlendioxid pro km aufweist oder – abhängig vom Jahr der Anschaffung – eine bestimmte **elektrische Mindestfahrleistung** hat. Beim Kauf in den Jahren 2019 bis 2021 sind das 40 km, 2022 bis 2024 60 km und 2025 bis 2030 80 km.

**Check 6 Bei Inlandsreisen bleibt leider alles beim Alten**

Die **Verpflegungspauschalen** bei **Inlandsreisen** sind entgegen der ursprünglichen Planung **nicht angehoben** worden. Es bleibt damit bei 14 € für eintägige Reisen mit mehr als acht Stunden Abwesenheit sowie bei mehrtägigen Reisen für An- und Abreisetage ohne Mindestabwesenheit und 28 € für Zwischentage bei 24 Stunden Abwesenheit.

Bei **Auslandsreisen** gelten abhängig vom Reiseland (und in vielen Staaten auch abhängig vom Reiseziel innerhalb des Landes) jeweils **gesonderte Pauschalen** für Verpflegungsmehraufwendungen (und Übernachtungskosten). Die ab **2024 maßgeblichen Pauschbeträge** ergeben sich aus einem Schreiben des **BMF** (Az: IV C 5 - S 2353/19/10010 :005 → [st 53494](#); vgl. 'steuertip' 48/23).

**Unser Service:** Als Abonnent profitieren Sie von unseren **Reisekosten-Formularen für 2024**.

- **Inlandsreisen:** Kopiervorlage → [st 465023](#), PDF-Formular → [st 465123](#)
- **Auslandsreisen:** Kopiervorlage → [st 465223](#), PDF-Formular → [st 465323](#)

**Check 7 Erhöhung der Betriebsausgabenpauschalen**

Aufgrund des gestiegenen Preisniveaus hat das **BMF** (Az: IV C 6 - S 2246/20/10002 :001 → [st 52541](#)) ab dem Veranlagungszeitraum 2023 die **Betriebsausgabenpauschalen für bestimmte freiberufliche Einkünfte** angehoben (vgl. 'steuertip' 15/23): ▪ **Hauptberufliche** selbständige schriftstellerische oder journalistische Tätigkeit: 30 % der Betriebseinnahmen, maximal 3.600 € ▪ **Wissenschaftliche, künstlerische oder schriftstellerische Nebentätigkeit** sowie **nebenberufliche** Vortrags-, Lehr- und Prüfungstätigkeiten: 25 % der Betriebseinnahmen, maximal 900 €. Bei den Nebentätigkeiten darf es sich nicht um eine Tätigkeit im Sinne des § 3 Nr. 26 EStG handeln, für die die Übungsleiterpauschale beansprucht werden kann. Der Höchstbetrag von 900 € kann für alle Nebentätigkeiten, die unter die Vereinfachungsregelung fallen, nur einmal gewährt werden.

**Aktuelles Urteil:** Nach den Vorgaben der Finanzverwaltung wird eine Tätigkeit **nebenberuflich** ausgeübt, falls sie bezogen auf das Kalenderjahr nicht mehr als ein Drittel der Arbeitszeit eines vergleichbaren Vollzeitberufs in Anspruch nimmt. Der **BFH** (Az: VIII R 29/20 → [st 53137](#)) hat diese Drittelregelung aktuell nicht beanstandet. Die freiberufliche schriftstellerische Tätigkeit eines Syndikusrechtsanwalts und -steuerberaters sowie die freiberufliche Lehrtätigkeit einer angestellten Ärztin sind dabei jeweils **isoliert** zu betrachten. Sie sind auch dann nicht als einheitliche berufliche Tätigkeit anzusehen, wenn die freiberuflichen Tätigkeiten im Interesse des Arbeitgebers liegen. Es war im Streitfall daher jeweils nur die Betriebsausgabenpauschale für Nebentätigkeiten zu gewähren.

Auch die **Betriebsausgabenpauschale für (freiberuflich tätige) Kindertagesmütter** ist aufgrund der hohen Inflation vom **BMF** (Az: IV C 6 - S 2246/19/10004 :004 → [st 52540](#)) ab 2023 angehoben worden (vgl. 'steuertip' 15/23). Die Finanzämter erkennen bei einer vollzeitigen Betreuung **400 € je betreutem Kind und Monat** an. Bei einer vereinbarten wöchentlichen Betreuungszeit von weniger als 40 Stunden ist die Pauschale zeitanteilig zu kürzen.

**steuertip:** Erhalten Tagesmütter laufende Geldleistungen für frei gehaltene Plätze, die im Fall einer Krankheits-, Urlaubs- oder Fortbildungsververtretung einer anderen Tagesmutter kurzfristig belegt werden können, gibt es eine gesonderte **Betriebsausgabenpauschale für Freihalteplätze**. Anstelle der tatsächlichen Betriebsausgaben können ab 2023 **50 € je Freihalteplatz und Monat** pauschal als Betriebsausgaben abgezogen werden.

**Check 8 Nachweis der dauernden Berufsunfähigkeit bei einer Betriebsveräußerung**

Bei der Besteuerung des Gewinns aus der **Veräußerung einer freiberuflichen Praxis** gibt es gem. § 16 Abs. 4 EStG eine Vergünstigung. Hat der Steuerpflichtige das **55. Lebensjahr vollendet** oder ist er im sozialversicherungsrechtlichen Sinne **dauernd berufsunfähig**, wird auf Antrag der Veräußerungsgewinn nur zur Einkommensteuer herangezogen, soweit er **45.000 € übersteigt**. Der Freibetrag ermäßigt sich um den Betrag, um den der Veräußerungsgewinn 136.000 € übersteigt. Somit fällt er ab einen Gewinn von 181.000 € komplett weg. Zudem wird er nur einmal im Leben gewährt.

Obwohl davon im Gesetz nichts steht, verlangt die Finanzverwaltung, dass die dauernde Berufsunfähigkeit auf eine bestimmte Weise nachgewiesen wird, z. B. durch einen **Bescheid des Rentenversicherungsträgers**. Der **BFH** (Az: X R 10/21 → [st 52757](#)) hat dem erfreulicherweise widersprochen. Für die Feststellung der dauernden Berufsunfähigkeit gelten demnach die **allgemeinen Beweisregeln**. Es sind daher auch **nichtamtliche Unterlagen** zu berücksichtigen, z. B. Gutachten und andere Äußerungen von Fachärzten und sonstigen Medizinern. Für ein formalisiertes Nachweisverlangen fehle es an einer gesetzlichen Grundlage (vgl. 'steuertip' 23/23).

**steuertip:** Die verminderte Erwerbsfähigkeit muss im **Zeitpunkt der Betriebsveräußerung** vorliegen. Sie muss aber den Entschluss zur Veräußerung nicht beeinflusst haben. Der Steuerpflichtige muss seine Praxis also **nicht wegen seiner dauernden Berufsunfähigkeit** veräußert haben.

**Check 9 Steuerfreiheit der Leistungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)**

Leistungen aus einem **Heisenberg-Stipendium** der DFG sind gem. § 3 Nr. 44 EStG steuerfrei, sofern sie den Betrag nicht übersteigen, der erforderlich ist für die Erfüllung der Forschungsaufgabe, für die Deckung des Ausbildungsbedarfs und für die Bestreitung des Lebensunterhalts. Im Streitfall wäre zudem ein **pauschaler Zuschlag** für den Fall gewährt worden, dass das Stipendium als steuerpflichtig eingeschätzt worden wäre. Dies steht – so der **BFH** (Az: VIII R 11/22 → [st 53672](#)) – der Steuerfreiheit nicht entgegen (vgl. 'steuertip' 04/24).

**Check 10 Abzug von Rechtsverfolgungskosten als Betriebsausgaben**

**Rechtsanwaltskosten** für die Vertretung eines Berufssoldaten in einem **Disziplinarverfahren** können nach einem aktuellen Urteil des **BFH** (Az: VI R 16/21 → [st 54077](#)) auch dann als Werbungskosten abgezogen werden, wenn das Verfahren wegen eines strafbaren Kommentars in den privaten sozialen Medien eingeleitet wurde (vgl. 'steuertip' 15/24).

**steuertip:** Prozesskosten, die die **berufliche Stellung** betreffen, dienen der Erhaltung von Einnahmen und sind daher steuerlich abzugsfähig. Dies gilt auch bei **berufsrechtlichen Streitigkeiten** von Freiberuflern mit ihren Kammern.

**Check 11**    **Strenge Anforderungen bei Ausbildungsdienstverhältnis mit eigenen Kindern**

Freiberufler können zwar grundsätzlich mit ihren studierenden Kindern ein **Ausbildungsdienstverhältnis** vereinbaren und so die Kosten für die Ausbildung in den beruflichen Bereich verlagern. Die Finanzämter spielen dabei jedoch regelmäßig nicht mit und auch die Finanzgerichte stellen hohe Anforderungen an den Abzug als Betriebsausgaben.

So hat das **FG Münster** (Az: 5 K 3577/20 E,AO → **st 52998**) jüngst bei einer Ärztin eine ausschließliche (oder zumindest ganz überwiegende) berufliche Veranlassung wegen eines **krassen Missverhältnisses** zwischen den Kosten und dem möglichen betrieblichen Nutzen versagt. Das FG hat keine Revision zugelassen. Das Urteil ist rechtskräftig.

Im Streitfall studierten die beiden Kinder einer Chirurgin **Medizin** an einer ausländischen Hochschule. Die Mutter übernahm die Kosten für das Studium einschließlich der Unterkunft am Studienort. Im Gegenzug verpflichteten sich die Kinder, für wenigstens fünf Jahre als Partner in ihrer Praxis zu arbeiten, sobald sie die Approbation erhalten haben. Da die **Modalitäten der Tätigkeit** in der Praxis nicht näher ausgestaltet waren und eine etwaige Rückzahlung der übernommenen Kosten nicht hinreichend geregelt war, lehnte das FG einen Betriebsausgabenabzug ab. Die bloße Hoffnung, dass die Kinder später die Praxis übernehmen, begründe **keine betriebliche Veranlassung**.

**steuertip:** Ausbildungskosten für das eigene Kind können ausnahmsweise nur dann als Betriebsausgaben berücksichtigt werden, wenn der Nachweis gelingt, dass die Kosten auch für einen **Fremden** übernommen worden wären.

**Checkliste: Für Freiberufler wichtige Verfahren, die beim BFH neu anhängig sind**

**steuertip:** Schwebende Prozesse beim **BFH** eröffnen die Möglichkeit, gleichgelagerte Fälle ohne großen Aufwand durch einen **Einspruch** offenzuhalten. Beantragen Sie das **Ruhen des Verfahrens**, ist das Finanzamt gesetzlich verpflichtet, Ihren Rechtsbehelf bis zu einer Entscheidung im Parallellfall ruhen zu lassen. Sie profitieren so – quasi als Trittbrettfahrer und ohne eigenes Kostenrisiko – von Verfahren anderer Steuerzahler.

**BFH-Az: VIII R 34/23**  
Vorinstanz:  
FG Düsseldorf,  
Urteil vom 7.11.2023,  
Az: 13 K 570/22 E  
→ **st 53547**

→ *ESTG § 3 Nr. 2d und Nr. 11, § 8 Abs. 1, § 18*

**Steuerpflicht von Corona-Überbrückungshilfen für Selbständige**

Ist eine Billigkeitsleistung in Form einer Corona-Überbrückungshilfe u. a. für **Angehörige der Freien Berufe in NRW**, die infolge der Corona-Krise erhebliche Umsatzausfälle erlitten haben, um damit Ausgaben der privaten Lebensführung decken zu können, als **steuerpflichtige Betriebseinnahme** zu erfassen?

**Hinweis:** Aufgrund des wirtschaftlichen Zusammenhangs zwischen den Leistungen und der betrieblichen Tätigkeit hat das FG Düsseldorf in erster Instanz die **Steuerpflicht bejaht**.

**BFH-Az: III R 38/23**  
Vorinstanz:  
FG Baden-Württemberg,  
Urteil vom 2.5.2023,  
Az: 10 K 1873/22  
→ **st 53157**

→ *ESTG § 7g Abs. 1 S. 2 Nr. 1 Buchst. b*

**Ermittlung der Gewinngrenze für den Investitionsabzugsbetrag**

Ist für die Prüfung der **Überschreitung der Gewinngrenze** für den Investitionsabzugsbetrag der Steuerbilanzgewinn oder ein um **außerbilanzielle Effekte** korrigierter Gewinn maßgebend?

**Hinweis:** Bei **bilanzierenden Gewerbetreibenden** hat das FG Baden-Württemberg entschieden, dass **keine Korrektur** der Steuerbilanz vorzunehmen ist (vgl. 'steuertip' 36/23). Das **Niedersächsische FG** ist allerdings in zwei Urteilen zum **gegenteiligen Ergebnis** gekommen (BFH-Az: X R 16/23 und X R 17/23).

**Bitte beachten:** Die anstehende Entscheidung ist auch bei einer **EÜR** bedeutsam. Hier sind nach Auffassung der Verwaltung **Hinzu- und Abrechnungen** einzubeziehen (z. B. nicht abziehbare Betriebsausgaben).

**BFH-Az: VIII R 10/23**  
Vorinstanz:  
FG Düsseldorf,  
Urteil vom 21.3.2023,  
Az: 10 K 306/17 G  
→ **st 52812**

→ *ESTG § 18 Abs. 1 Nr. 1 S. 2, § 15 Abs. 1 S. 1 Nr. 1*

**Abgrenzung von künstlerischer Tätigkeit und Gewerbebetrieb bei Mitwirkung an einer TV-Sendung**

Ist die Tätigkeit als Experte für eine im deutschen Privat-TV ausgestrahlte Sendung im **Doku-Entertainment-Format** als **künstlerisch** zu beurteilen?

**Hinweis:** Das FG Düsseldorf hat die Tätigkeit als **gewerblich** eingestuft. Es fehle an einer **eigenschöpferischen Leistung** (vgl. 'steuertip' 47/23).

**BFH-Az: VIII R 15/23**  
Vorinstanz:  
Niedersächsisches FG,  
Urteil vom 22.6.2023,  
Az: 3 K 105/22  
→ **st 53223**

→ *ESTG § 4 Abs. 3 und Abs. 4; InsO § 63*

**Vergütung des Insolvenzverwalters als Betriebsausgabe**

Ist die Vergütung des Insolvenzverwalters bei **Fortführung einer Praxis** eine Betriebsausgabe?

**Hinweis:** Nach der erstinstanzlichen Entscheidung des Niedersächsischen FG ist weder ein Abzug als **Betriebsausgaben** noch als **außergewöhnliche Belastungen** möglich.

**BFH-Az: VIII R 6/24**  
Vorinstanz:  
FG Hessen,  
Urteil vom 13.10.2022,  
Az: 10 K 1672/19  
→ **st 54281**

→ *ESTG § 4 Abs. 3 und Abs. 7, § 18*

**Aufzeichnungspflichten eines Freiberuflers für Arbeitszimmer-Kosten bei einer EÜR**

Sind bei einem Steuerpflichtigen, der seinen Gewinn aus selbständiger Tätigkeit durch eine **EÜR** ermittelt, die **Aufzeichnungspflichten** bei einem häuslichen Arbeitszimmer in inhaltlicher und zeitlicher Hinsicht nur dann erfüllt, wenn sämtliche Aufwendungen einzeln fortlaufend in einem **gesonderten Dokument oder Datensatz** aufgezeichnet werden?